

<b>ANTRAG</b> Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadträtin Sabine Just-Höpfinger (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 30. März 2009	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>64. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>23.06.2009</b> <b>1773</b> <b>10</b> <b>öffentlich</b>
<b>Atommülltransporte durch Karlsruher Wohngebiete</b>		

1. Die Stadtverwaltung stellt dar,
  - a) wie oft in den letzten 15 Jahren Transporte mit radioaktiven Abfällen (in Castorbehältern o. Ä.) durch Karlsruhe geführt wurden und mit wie vielen solcher Transporte in den kommenden Jahren zu rechnen ist
  - b) durch welche Wohngebiete die Atommüll-Transporte in Karlsruhe verlaufen und wie groß jeweils der Abstand der Atommüllbehälter zu Wohnhäusern, Arbeitsstätten, Gärten und Spielplätzen ist
  - c) wie sichergestellt wird, dass es zu keinen gesundheitliche Beeinträchtigungen der Bevölkerung durch eventuell erhöhte Strahlenbelastungen in unmittelbarer Nähe der Atommüllbehälter kommt
  - d) welche rechtlichen Vorgaben, Grenzwerte und Mindestabstände bei Atommüll-Transporten einzuhalten sind und wie die Einhaltung dieser Bestimmungen gewährleistet ist.
2. Es wird sichergestellt, dass die Karlsruher Bevölkerung vorab über die bevorstehenden Atommüll-Transporte informiert wird, um ggf. Vorsorgemaßnahmen treffen zu können.
3. Die Stadtverwaltung setzt sich bei den zuständigen Stellen dafür ein, dass Atommülltransporte die Bevölkerung möglichst wenig belasten, z. B. indem sie nicht durch dicht besiedelte Gebiete führen und möglichst nachts stattfinden.
4. Das Thema Atommülltransporte durch Karlsruhe wird in einer der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit behandelt.

**Sachverhalt/Begründung:**

Seit vielen Jahren werden Castortransporte unmittelbar durch Karlsruher Wohngebiete geführt. Die Bahnschienen, entlang derer diese Transporte verlaufen, grenzen teilweise direkt an Hausgärten an. So beträgt beispielsweise in Bulach der Abstand mancher Gärten zu den Schienen nur 2 bis 3 Meter.

---

Unseren Informationen nach wird die Bevölkerung über bevorstehende Atommüll-Transporte nicht informiert. Ggf. wünschenswerte Vorsorgemaßnahmen können daher nicht rechtzeitig getroffen werden. So würden viele Eltern sicherlich verhindern wollen, dass ihre Kinder in unmittelbarer Nähe der Atommüllbehälter im Garten spielen. Das ist aber nicht möglich, wenn sie vom betreffenden Zug überrascht werden.

Die GRÜNEN treten auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass schnellstmöglich der Ausstieg aus der hochriskanten Atomtechnologie vollzogen wird. Ungeachtet dessen müssen in der Zwischenzeit aber alle Maßnahmen getroffen werden, um die Bevölkerung vor möglichen Strahlenbelastungen bestmöglichst zu schützen. Wenn hier Bundesbahn und Bundespolizei ihrer Vorsorgepflicht nur unzureichend nachkommen, muss die Stadt Karlsruhe intervenieren und auf verstärkte Sicherheitsmaßnahmen sowie eine verbesserte Informationspolitik drängen.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Sabine Just-Höpfinger

Hauptamt - Sitzungsdienste -

12. Juni 2009